

CHANGE HAS COME ... HAS IT? EIN JAHR PRÄSIDENT BARACK OBAMA

Norbert Wagner / Benjamin Haase

„Change has come to America“ stellte Barack Obama noch in der Wahlnacht vom 4. November 2008 fest. Seine Wahl zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde weltweit euphorisch gefeiert. Kaum ein Präsident vor ihm ist mit so großen Erwartungen ins Amt begleitet worden. Symptomatisch hierfür ist der Friedensnobelpreis, der ihm für seine Visionen verliehen wurde. Die Bedingungen, unter denen er ins Weiße Haus einzog, hätten indes kaum schwieriger sein können: Das schwer beschädigte Image der USA, die Folgen zweier Kriege und eine massive Wirtschafts- und Finanzkrise. Mittlerweile stößt Obamas politischer Kurs in Teilen der amerikanischen Bevölkerung auf Kritik. Insbesondere bei der Durchsetzung der Gesundheitsreform – eines seiner innenpolitischen Vorzeigethemen – hat er mit massivem Widerstand zu kämpfen. Ernüchterung hat sich breitgemacht. Umfragen zeigen, wie stark die Zustimmung zu Obama seit seinem Amtsantritt im Januar 2009 gesunken ist. So liegt es nahe, den ersten Jahrestag von Obamas Wahl zum amerikanischen Präsidenten zum Anlass zu nehmen, Bilanz zu ziehen: Ein Jahr Präsident Barack Obama.

CHANGE WE CAN BELIEVE IN

Der „US-Wahlkampf ist ein Test, ob der Kandidat die Persönlichkeit, die Standfestigkeit und die Entscheidungsfähigkeit hat, um Präsident zu sein. Eine gekonnte Regie der Wahl-



Dr. Norbert Wagner ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington.



Benjamin Haase, geb. 1983, ist Diplom-Sozialwissenschaftler. Er studierte Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt Kultur und Kommunikation an der Universität Duisburg-Essen. Sein Buch „US-Wahl 2008: Die Wahlnacht im deutschen Fernsehen“ ist im Tectum Verlag erschienen.

Kaum ein Kandidat vor ihm ist deshalb mit so viel Bewunderung, aber auch so vielen Erwartungen ins Amt begleitet worden wie Barack Obama. Mit seiner Kampagne, seinen Botschaften, Instrumenten und Strategien hat er alte Machtgefüge außer Kraft gesetzt. Yes we can – alle waren von seinem Wahlkampf begeistert: Die Medien, die Profis und nicht zuletzt die Wähler.

kampfführung gilt als untrügliches Zeichen: Mit ihr gibt ein künftiger Staatsmann seine Visitenkarte ab, an ihr lässt sich die Regierungsfähigkeit ablesen“¹. Kaum ein Kandidat vor ihm ist deshalb mit so viel Bewunderung, aber auch so vielen Erwartungen ins Amt begleitet worden wie Barack Obama. Mit seiner Kampagne, seinen Botschaften, Instrumenten und Strategien hat er alte Machtgefüge außer Kraft gesetzt. Yes we can – alle waren von seinem Wahlkampf begeistert: Die Medien, die Profis und nicht zuletzt die Wähler. Er besaß Charisma, er galt als der große Mobilisierer, der Anti-Bush – Barack Hussein Obama war alles in einer Person. Er verkörperte den Wunsch nach einem grundlegenden Politikwechsel und einem Ende der Bush-Präsidentschaft. Als erster farbiger Präsidentschaftskandidat war er ohnehin eine historische Erscheinung. Journalisten nahmen deswegen alles, was in diesem Umfeld geschah, sehr positiv auf. Kein Wunder, dass er national und international zum Liebling der Medien wurde und ihm auch in Deutschland die Sympathien zuflogen.² John McCain, der sich lange erfolgreich vom unbeliebten Amtsinhaber hatte absetzen können, konnte dagegen nur schwer den Erfordernissen eines US-Wahlkampfes gerecht werden. Obama dagegen positionierte sich mit seiner Botschaft des Wandels authentischer. Anders als McCain schuf er eine Projektionsfläche, die vor allem junge Menschen mit eigenen Idealen und Zielen füllen konnten. Obama selbst hat es in seinem Buch *The Audacity of Hope* treffend beschrieben: „I am new enough on the national political scene that I serve as a blank screen on which people of vastly different political stripes project their own views.“³

DIE „FLITTERWOCHEN“ SIND VORBEI

„Ankunft in der Realität“ nennt man jenen Prozess im Leben eines Politikers, der sich nach einem triumphalen Wahlsieg

1 | Vgl. Peter Radunski, „Obama und die Zukunft des deutschen Wahlkampfes“, in: Kerstin Plehwe (Hrsg.), *Die 10 Erfolgsstrategien des Barack Obama*, Hamburg: Hanseatic Lighthouse, 2008, S. 165–176.

2 | Vgl. Benjamin Haase, *US-Wahl 2008: Die Wahlnacht im deutschen Fernsehen*, Marburg: Tectum, 2009, S.92.

3 | Vgl. Barack Obama, *The Audacity of Hope*, New York: Crown, 2006, S. 15.

den Problemen des Landes stellen muss. Auch Obama musste diese Erfahrung nach seiner fast königlichen Amtseinführung machen. Und es hat kaum länger gedauert als ein halbes Jahr. Damit reiht er sich ein in die namhafte Liste seiner Vorgänger. Mehr als verlängerte „Flitterwochen“ mit dem amerikanischen Volk war keinem vergönnt. Die erste Zwischenbilanz fällt traditionell nach 100 Tagen im Amt – ein Kunstdatum, erfunden von einem der Vorgänger Obamas, Franklin D. Roosevelt. Obama selbst dürfte nach seinen ersten 100 Amtstagen zufrieden gewesen sein: National wie international populär, eine deutliche Mehrheit im Kongress, machtvoll wie nur wenige seiner Vorgänger. Tatsächlich standen die US-Bürger – trotz aller Probleme bei der Krisenbekämpfung – so geeint hinter Obama wie seit Generationen nicht mehr hinter einem Präsidenten. Rund 69 Prozent gaben Obama ihre Zustimmung. Eine Popularität, wie sie zu dieser 100-Tage-Frist zuletzt 1953 Dwight Eisenhower genoss. Erstmals seit Januar 2004 erklärt überdies eine Mehrheit der US-Bürger, dass sich das Land trotz der enormen Probleme ihrer Meinung nach auf dem richtigen Weg befände.⁴

Tatsächlich standen die US-Bürger – trotz aller Probleme bei der Krisenbekämpfung – so geeint hinter Obama wie seit Generationen nicht mehr hinter einem Präsidenten. Rund 69 Prozent gaben Obama ihre Zustimmung. Eine Popularität, wie sie zu dieser 100-Tage-Frist zuletzt 1953 Dwight Eisenhower genoss.

Mit viel Rückenwind hat er seither viele Reformen angestoßen – wie erfolgreich sie sein werden, ist indes ungewiss. Er pumpte mit einem riesigen Konjunkturprogramm Geld in die Wirtschaft. Er brachte ein Klimaschutzgesetz auf den Weg. Und er machte sich an eine Gesundheitsreform, an der schon die Clinton-Regierung gescheitert war – und mit der er einen Kulturkampf auslösen sollte. Auch moralisch wollte Obama Amerika auf den rechten Weg zurückführen und versprach die Schließung des Gefangenenlagers in Guantánamo binnen einem Jahr. Es war viel, was Obama sich vorgenommen hatte, auf jeden Fall zu viel für die Geduld der Bürger. Ein Jahr nach der Wahl ist keine der Aufgaben gelöst. Von rund 65 Prozent sind die Zustimmungswerte auf rund 50 Prozent gesunken.⁵ Die Euphorie hat sich abgekühlt und das sorgsam gepflegte Image des Messias wird diesem langsam zum Pro-

4 | Vgl. Marc Pitzke, „Revolution im Eiltempo“, in: *Spiegel Online*: 11.11.2009, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,621832,00.html> [30.11.2009].

5 | Vgl. Sabine Muscat, „Barack Obama. Ein Mann – ein Jahr“, in: *Stern Online*, 11.11.2009, <http://www.stern.de/politik/ausland/6-ein-jahr-praesidentenwahl-barack-obama-ein-mann-ein-jahr-1519366.html> [30.11.2009].

blem. Obama, der Präsident, ist schließlich auch nur ein Politiker – angewiesen auf Mehrheiten und Kompromisse.

EIN NOBELPREIS – WOFÜR?

Aus diesen Gründen überraschte die sensationelle Entscheidung, Barack Obama nach nur neun Monaten im Amt mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen. Der US-Präsident wurde vom Komitee in Oslo für seine „außergewöhnlichen Bemühungen für die Zusammenarbeit zwischen den Völkern“ geehrt. Selten zuvor habe eine Persönlichkeit so sehr die Hoffnung auf eine bessere Zukunft vermittelt und die Aufmerksamkeit der Welt in Bann gezogen. Dialog und Verhandlungen seien wieder die bevorzugten Instrumente, um internationale Konflikte zu lösen, erklärte das Nobelpreiskomitee, das besonders Obamas Bemühungen und Vorschläge für eine atomwaffenfreie Welt zitiert: „Multilateral diplomacy has regained a central position, with emphasis on the role that the United Nations and other international institutions can play [...] The vision of a world free from nuclear arms has powerfully stimulated disarmament and arms control negotiations. Thanks to Obama’s initiative, the USA is now playing a more constructive role in meeting the great climatic challenges the

world is confronting. Democracy and human rights are to be strengthened.“⁶ Obama ist damit der dritte US-Präsident, der während seiner Amtszeit den Friedensnobelpreis erhält – nach Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson 1919.

Obama ist damit der dritte US-Präsident, der während seiner Amtszeit den Friedensnobelpreis erhält – nach Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson 1919.

Die amerikanische Presse hingegen reagierte verhalten auf die Entscheidung – zu früh und unverdient sei die Auszeichnung des US-Präsidenten. Selbst die ihm wohlgesonnene *New York Times* äußerte Bedenken gegenüber der Entscheidung des Osloer Komitees. Für Obama könnte die Auszeichnung zur Bürde werden. Er hatte sich schon im Wahlkampf Vorwürfe anhören müssen, er setze zuviel auf internationale Popularität und verschleierte damit politische Inhalte. Ein Friedensnobelpreis nach nur neun Monaten im Amt gebe seinen Kritikern neues Futter, so das Blatt.⁷ Die *Washington Post* fand die Auszeichnung sogar „lächerlich“ und „peinlich“⁸. Ver-

6 | Vgl. The Norwegian Nobel Committee, 13.11.2009 http://nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2009/press.html [30.11.2009]



Quelle: Tom Toles, *Washington Post*.

wundert zeigte sich das *Wall Street Journal* und fragte: „For what? For making peace with Hillary Clinton?“⁹ Auch das *Time Magazine* reagierte verhalten, fand aber, dass der Preis Obama kurzfristig mehr Durchsetzungskraft, mehr Autorität bei Verhandlungen mit renitenten Staaten verleihen könne. Das Blatt erinnerte aber daran, dass es nicht ausreicht, eine Inspiration für den Frieden zu sein. Frieden bringe man mit Scharfsinn hervor, mit harten Verhandlungen und in langen Prozessen. Noch habe Obama dieses Geschick nicht bewiesen, so das Blatt.¹⁰ Obama selbst reagierte demütig und erklärte in einer Pressekonferenz, dass er den Preis nicht verdient habe. Er verstehe ihn als Aufruf zu Handeln, nicht als eine Bestätigung für Erreichtes, sondern als Herausforde-

7 | Vgl. Steven Erlanger Stolberg und Gay Sherzl, „Surprise Nobel for Obama Stirs Praise and Doubts“, in: *New York Times*, 13.11.2009, <http://www.nytimes.com/2009/10/10/world/10nobel.html> [30.11.2009].

8 | Vgl. Ruth Marcus, „A Nobel for a Good Two Weeks?“, in: *Washington Post*, 13.11.2009, http://voices.washingtonpost.com/post-partisan/2009/10/a_nobel_for_a_good_two_weeks.html [30.11.2009].

9 | Vgl. Iain Martin, „Barack Obama Wins Nobel Peace Prize. For What?“, 13.11.2009, <http://blogs.wsj.com/iainmartin/2009/10/09/barack-obama-wins-nobel-peace-prize-for-what/> [30.11.2009].

10 | Vgl. Nancy Gibbs, „Obama’s Nobel: The Last Thing He Needs“, in: *Time Magazine Online*, 13.11.2009, <http://www.time.com/time/politics/article/0,8599,1929395,00.html> [30.11.2009]

zung. Diesbezüglich gab er zu Protokoll: „To be honest, I do not feel that I deserve to be in the company of so many of the transformative figures who've been honored by this prize [...] I will accept this award as a call to action – a call for all nations to confront the common challenges of the 21st century“.¹¹

Angesichts des durchwachsenen Echos hatte sich der Vorsitzende des norwegischen Friedensnobelpreiskomitees noch einmal zu der Entscheidung geäußert. Obama habe den Preis bekommen, weil er das internationale Klima verändert habe, sagte Thorbjörn Jagland.¹²

EIN NEUES KLIMA IN DER INTERNATIONALEN POLITIK

Tatsächlich ist es Obama gelungen, das Image der USA in der Welt wieder zu verbessern.

Ein Höhepunkt seiner ersten Monate im Amt war seine Rede am 4. Juni 2009 in Kairo. Dort hielt der Präsident eine viel beachtete Grundsatzrede, mit der er sich an die islamische Welt richtete. Er warb darin für einen Neuanfang im Verhältnis der USA zum Islam und für mehr Demokratie im arabischen Raum. Der Aufruf zur Versöhnung wurde überwiegend positiv aufgenommen und mit Respekt bedacht. So einfühlsam, so entgegenkommend habe noch nie ein westlicher Regierungschef an die Adresse der 48 Staaten mit islamischer Bevölkerungsmehrheit gesprochen, war der Tenor der anschließenden Berichterstattung.¹³

Auch in der Diskussion über das geplante Raketenabwehrsystem in Osteuropa entschärfte Obama das Verhältnis zu Russland. Kurz vor einer Serie bilateraler Gespräche im Spätsommer traf Barack Obama seine bislang wichtigste Entscheidung in der Sicherheitspolitik: Die USA geben das Pro-

11 | Vgl. The White House: Office of the Press Secretary, „Remarks by the President on winning the Nobel Peace Prize, 13.11.2009“, in: http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-on-Winning-the-Nobel-Peace-Prize [30.11.2009].

12 | Vgl. The Norwegian Nobel Committee, 13.11.2009. http://nobelpeaceprize.org/en_GB/laureates/laureates-2009/announce-2009/ [30.11.2009].

13 | Vgl. Gabor Steingart, „Obama in Kairo – Die unfertige Rede“, 16.11.2009, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,628537,00.html> [30.11.2009].

jekt der Bush-Regierung auf, in Polen und Tschechien einen Raketenschild aufzubauen, und greifen auf bewährte Technologie zurück. Von Russland war die Raketenabwehr am Rande des eigenen Territoriums von Beginn an als Provokation angesehen worden. Den westlichen Ländern der EU hatte das Projekt wegen der politischen Auswirkungen auf das Verhältnis der USA zu Russland missfallen. Während Warschau und Prag die Entscheidung und die Art ihrer Verkündung kritisierten, begrüßten die westeuropäischen Staaten Obamas sicherheitspolitische Kehrtwende und interpretierten sie als ein hoffnungsvolles Signal zu mehr internationaler Gemeinsamkeit.

Kurz vor einer Serie bilateraler Gespräche im Spätsommer traf Barack Obama seine bislang wichtigste Entscheidung in der Sicherheitspolitik: Die USA geben das Projekt der Bush-Regierung auf, in Polen und Tschechien einen Raketenschild aufzubauen, und greifen auf bewährte Technologie zurück.

Im April hatte Obama bei einer Rede in Prag seine Vision einer Welt ohne Atomwaffen präsentiert. Damals hatte er angekündigt, binnen eines Jahres ein Gipfeltreffen in den USA abzuhalten, um die Gefahr eines Atomkriegs zu reduzieren und letztlich zu bannen.

Am Tag zuvor hatte Obama in seiner vielbeachteten Rede vor der UN-Generalversammlung deutlich gemacht, Amerika könne „nicht alle Probleme allein lösen“. Damit bekannte er sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger George W. Bush klar zur Staatengemeinschaft. Auch den Regierungen in Teheran und Pjoengjang hatte Obama von Beginn an bilaterale Gespräche in Aussicht gestellt und damit Bewegung in den Atomstreit gebracht. Die Bush-Administration hatte noch direkte Verhandlungen mit Iran und Nordkorea ausgeschlossen, solange die Länder nicht im Atomstreit einlenkten und auf ihr Nuklearprogramm verzichteten.

Mit Barack Obamas Amtsantritt wuchs auch die Hoffnung auf Frieden zwischen Israelis und Palästinensern. Im Wahlkampf hatte er den Nahost-Konflikt noch als zentrale außenpolitische Herausforderung eingestuft. Doch die Verhandlungen stecken fest, nicht zuletzt weil die US-Regierung hier übertriebene Forderungen und Erwartungen geweckt hat, aber auch weil sie der Innenpolitik und anderen Konflikten wie dem in Afghanistan mehr Beachtung schenkt. Welche Rolle werden die USA einnehmen angesichts stark wachsender Staaten wie China? Wie wird die Obama-Regierung den Europäern größere Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, ohne den amerikanischen Führungsanspruch aufzugeben? Bisher ist

Bisher ist die neue US-Regierung über Ankündigungen nicht hinaus gekommen. Das neue Klima, für das Obama steht und für das er mit dem Nobelpreis geehrt wurde, resultiert aus der Kraft seiner Worte. Die historische Bedeutung einer Rede besteht aber nicht in erster Linie aus dem, was gesagt wurde.

die neue US-Regierung über Ankündigungen nicht hinaus gekommen. Das neue Klima, für das Obama steht und für das er mit dem Nobelpreis geehrt wurde, resultiert aus der Kraft seiner Worte. Die historische Bedeutung einer Rede besteht aber nicht in erster Linie aus dem, was gesagt wurde. Wichtig ist, was sie bewirkt hat.

BELASTUNGSPROBE AFGHANISTAN

Mit Spannung wurde daher die Entscheidung von Barack Obama über eine neue US-Strategie am Hindukusch erwartet. Dass er die US-Truppen aus Afghanistan zurückholen will, wurde auf seiner Asienreise deutlich, doch noch sucht der Präsident nach einer „Exit-Strategie“. Obama lagen mehrere Pläne zur Änderung des Afghanistan-Einsatzes vor, die zu meist eine Aufstockung der Truppen vorsahen. Dabei befinden sich zurzeit bereits 68 000 US-Soldaten in Afghanistan. Statt jedoch mit einer Stimme zu sprechen, sandte die US-Regierung wochenlang unterschiedliche Signale: Während Außenministerin Clinton sich für mehr Soldaten aussprach, forderte Obamas Vize Joe Biden, sich stärker auf die Suche nach Terroristen zu konzentrieren. Und Verteidigungsminister Gates, der schon George W. Bush diente, lavierte zwischen den Lagern. Einigkeit herrschte vor allem darüber, dass möglichst schnell Verantwortung auf die afghanischen Sicherheitsorgane übertragen werden soll. Nachdem aber die Präsidentschaftswahl in Afghanistan von Korruptions- und Wahlfälschungsvorwürfen überschattet wurde, steht die Regierung um Hamid Karsai unter massivem Erwartungsdruck.

Obama pflegt derweil das Image eines Oberbefehlshabers, der sich der Schwere seiner Entscheidung bewusst ist. Der US-Präsident erwies gefallenen Soldaten öffentlich die letzte Ehre. Er flog zur Trauerfeier der Opfer des Amoklaufs im Militärstützpunkt Fort Hood, er besuchte auf dem Nationalfriedhof in Arlington die Gräber von Gefallenen der Kriege in Afghanistan und Irak.

Lange Zeit wies der US-Präsident alle Konzepte für eine neue Afghanistan-Strategie als ungenügend zurück. Doch sein Zögern wurde von Opposition und Medien zunehmend als Schwäche und Unentschlossenheit ausgelegt.

Lange Zeit wies der US-Präsident alle Konzepte für eine neue Afghanistan-Strategie als ungenügend zurück. Doch sein Zögern wurde von Opposition und Medien zunehmend als Schwäche und Unentschlossenheit ausgelegt. Inzwischen geben auch mehr als die Hälfte der Amerikaner in Umfragen an,

den Sinn des Einsatzes nicht mehr zu verstehen.¹⁴ Am 1. Dezember gab Präsident Obama schließlich seine Entscheidung bekannt, zusätzliche 30 000 Soldaten nach Afghanistan entsenden zu wollen. Er blieb damit um rund 10 000 Soldaten hinter der Forderung von General McChrystal zurück. Von den Alliierten verlangt er 10 000 zusätzliche Soldaten. Schon im Jahr 2011 will er mit dem Abzug der Truppen beginnen.

IT'S THE ECONOMY, STUPID

Das Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahl 2008 entsprach den meisten nationalen Umfragen, die seit den ersten Bankenzusammenbrüchen der Finanzkrise einen Vorsprung für Obama vorausgesagt hatten. Offenbar war (wieder einmal) die Wirtschaftslage für die Amerikaner der wichtigste Faktor ihrer Wahlentscheidung. Kein anderes Thema, weder die Energiepolitik, noch der Irak-Krieg, der Terrorismus oder die Gesundheitsversorgung, hatten in Umfragen einen höheren Anteil als zehn Prozent.¹⁵

„It's the economy, stupid!“ Die Erfahrung hatten bereits Bill Clinton bzw. George H. W. Bush gemacht und es war die Wirtschaftskrise, die Obama den Sieg bescherte. Sie begann bereits im Frühsommer 2007 mit der US-Immobilienkrise und weitete sich ab August 2008 zu einer Finanzkrise aus, die eine Abwärtsspirale an den Börsen in Gang setzte – und schließlich zu einem Abschwung der globalen Wirtschaft führen sollte. Nach einem Jahr Rezession ist die US-Wirtschaft im dritten Quartal 2009 erstmals wieder gewachsen. Das Weiße Haus reklamiert, dass dies vor allem Obamas gigantischen Konjunkturprogrammen und den Milliarden-spritzen für die Finanzbranche zu verdanken sei. Die Administration pumpete die unvorstellbare Summe von 787 Milliarden Dollar in die US-Wirtschaft, während ein Großteil der Maßnahmen zur Bankenrettung sogar noch von der Bush-Regierung auf den Weg gebracht wurde.

Nach einem Jahr Rezession ist die US-Wirtschaft im dritten Quartal 2009 erstmals wieder gewachsen. Das Weiße Haus reklamiert, dass dies vor allem Obamas gigantischen Konjunkturprogrammen und den Milliarden-spritzen für die Finanzbranche zu verdanken sei.

14 | Vgl. Jennifer Agiesta und Jon Cohen, „Public Opinion in U.S. Turns Against Afghan War“, 19.11.2009 in: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/08/19/AR2009081903066.html> [30.11.2009]

15 | Vgl. ARD Wahlmonitor, 16.11.2009, <http://service.tagesschau.de/infografik/deutschlandtrend/dt08/usa.shtml> [30.11.2009].

Doch die Arbeitslosenquote in den USA ist derzeit mit über zehn Prozent auf einem Rekordniveau, obwohl die Wirtschaft in den letzten Monaten an Schwung gewonnen hat. Die US-Regierung hat neue Konjunkturmaßnahmen angekündigt und will Investitionen in Infrastruktur und niedrigere Steuern für Unternehmen prüfen. Doch der finanzielle Spielraum dürfte wegen des Rekordhaushaltsdefizits stark begrenzt sein. Im abgelaufenen Haushaltsjahr 2009 mussten die USA ein Rekorddefizit von 1,42 Billionen Dollar verbuchen. China, größter Finanzier der USA, sorgt sich bereits, dass der schwache Dollar und der zu erwartende Anstieg der Inflation den Wert seiner Investitionen US Finanzpapieren schmälern könnte. Auf seiner Reise nach Peking und Shanghai hatte Obama noch die Vorzüge der chinesischen Wirtschaftskraft gelobt. Immerhin habe die Partnerschaft den Vereinigten Staaten aus der tiefen Wirtschaftskrise geholfen. Doch die angekündigte Zusammenarbeit stößt bei vielen US-Bürgern auf Skepsis. Laut einer Umfrage des Nachrichtensenders CNN sehen mehr als 70 Prozent der Amerikaner in China eine wirtschaftliche Gefahr.¹⁶

MEGA-REFORM NICHT GENUG ERKLÄRT

Den meisten Gegenwind verspürt Präsident Obama aber bei seinem wichtigsten innenpolitischen Vorhaben: der Gesundheitsreform. Republikaner und der konservative Teil der Demokraten (Blue-Dog-Democrats) fürchten, dass mit der geplanten Einführung einer staatlichen Krankenversicherung eine Verstaatlichung des gesamten Gesundheitssektors droht. Zudem warnen sie, die Kosten der Reform könnten massiv aus dem Ruder laufen. Der Präsident selbst hatte

Der Präsident selbst hatte noch in einer kämpferischen Rede vor dem Kongress für die Reform geworben und es als untragbar bezeichnet, dass zwischen 30 und 46 Millionen Amerikaner nicht krankenversichert sind. Doch auch große Teile der Bevölkerung zeigen sich skeptisch. Hunderttausende hatten im Sommer in Washington gegen die geplante Gesundheitsreform protestiert.

noch in einer kämpferischen Rede vor dem Kongress für die Reform geworben und es als untragbar bezeichnet, dass zwischen 30 und 46 Millionen Amerikaner nicht krankenversichert sind. Doch auch große Teile der Bevölkerung zeigen sich skeptisch. Hunderttausende hatten im Sommer in Washington gegen die geplante Gesundheitsreform protestiert. Es war eine der größten Protestveranstaltungen seit Barack Obamas Amtsantritt. Einer Gallup-Um-

16 | Vgl. Spiegel Online, „Amerikaner zittern vor Chinas Wirtschaftsmacht“, 18.11.2009, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,661665,00.html> [30.11.2009].

frage zufolge glauben 60 Prozent der Amerikaner nicht, dass die Regierung das Gesundheitssystem verbessern kann, ohne Steuern für die Mittelschicht zu erhöhen oder die Qualität der Versorgung einzuschränken.¹⁷

Noch sind viele Details umstritten, besonders Regelungen zur Finanzierung bzw. Nicht-Finanzierung der Abtreibung und der Behandlung illegaler Einwanderer könnten sich als Stolpersteine erweisen. Dennoch gibt es Hoffnung für Obamas Mammutprojekt und Chancen für eine staatliche Krankenversicherung in den USA. Jede genommene Hürde im Gesetzgebungsverfahren wird als grandioser Sieg und Meilenstein gefeiert. In den letzten Wochen hat das House of Representatives mit knapper Mehrheit einen Gesetzentwurf beschlossen. Nun ist der Senat befasst: Dort haben sich die zuständigen Ausschüsse jüngst auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf geeinigt. Darauf hat der Gesamt-Senat beschlossen, diesen Gesetzentwurf zu beraten. Ob er eines Tages aber die erforderlichen 60 JA-Stimmen erhalten wird, ist zumindest fraglich. Doch die Zeit drängt. Bis zum endgültigen Inkrafttreten dürften noch Monate vergehen und die nächsten Kongresswahlen werfen ihre Schatten voraus. Die Niederlagen der Demokraten bei den Gouverneurswahlen in Virginia und New Jersey wurden bereits als erstes Referendum über die Politik von Präsident Obama interpretiert. Fast zwei Drittel der Amerikaner haben laut Umfragen den Eindruck, dass Obama ihnen die Grundzüge seiner Mega-Reform nicht gut erklärt hat.¹⁸ Hier ist die demokratische Führung gut beraten, aufs Tempo zu drücken, wenn sie bei den Zwischenwahlen 2010 kein Debakel erleben will.

OBAMA UND DIE MEDIEN – EINE LIEBES-BEZIEHUNG?

Bereits der Kandidat Obama hatte wie keiner seiner Rivalen die neuen Medien in seine Kampagne eingebunden und das Internet als Werkzeug und Arena endgültig ins Zentrum gerückt. Sein Wahlkampfteam baute ein breit gefächertes On-

17 | Vgl. Spiegel Online, „Obama wirbt auf allen Kanälen“, 18.11.2009, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,650166,00.html> [30.11.2009].

18 | Vgl. Spiegel Online, „Obama kämpft um seinen Nimbus“, 18.11.2009, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,646639,00.html> [30.11.2009].

line-Netzwerk auf, im Web 2.0 organisierten sich freiwillige Unterstützer und wurden zu Botschaftern der Kampagne. Damit stand er im Wahlkampf zu jedem Zeitpunkt im Mittelpunkt der Berichterstattung. Um die Öffentlichkeit auf das einseitige Interesse der Medien an den beiden Kandidaten aufmerksam zu machen, ließ die McCain-Kampagne zeitweise sogar einen Werbespot austrahlen, in dem Journalisten und Moderatoren ihrer Vorliebe für Obama Ausdruck verliehen und mehr oder weniger offen zugaben, dass dieser von den Medien bevorzugt werde. „It’s pretty obvious the media has a bizarre fascination with Barack Obama, some may even say it’s a love affair.“¹⁹ Auch als Präsident setzt Obama weiter das Internet ein, um sich über die Köpfe der etablierten Medien hinweg direkt an die Bürger zu wenden, ohne Umweg über die Journalisten. Er kommuniziert ohne den Medienfilter oder nutzt ihn als Verstärker.

Die Berichterstattung der Medien war unbestritten Ausdruck des zunehmenden Wunsches nach einer politischen Wende. Die vorherrschende Aufbruchstimmung ist dem Charismatiker Obama in dieser Hinsicht eindeutig entgegengekommen. Auch sein Familienleben wusste Obama zu inszenieren, er hat hier das Bedürfnis der amerikanischen Öffentlichkeit nach

Er inszenierte sich wie ein Popstar und ließ sich als solcher feiern. Dass die an ihn gestellten Erwartungen zuweilen messianische Züge annahmen, die er schließlich nur enttäuschen konnte, wird für Obama zunehmend zum Problem.

Auskunft über die Person des Kandidaten intensiv erfüllt.²⁰ Er inszenierte sich wie ein Popstar und ließ sich als solcher feiern. Dass die an ihn gestellten Erwartungen zuweilen messianische Züge annahmen, die er schließlich nur enttäuschen konnte, wird für Obama zunehmend zum Problem. Ein Jahr nach seinem triumphalen Wahlsieg mehren sich auch in den

US-Medien kritische Stimmen, die die Umsetzung seiner im Wahlkampf gemachten Versprechen einfordern: „While much attention has been paid to the feud between the Fox News Channel and the White House, the Obama administration is now facing criticism of a different sort [...] the distance between Obama’s rhetoric and his actions.“²¹

19 | Vgl. Heidi Przybyla, „McCain Turns Sour on His Onetime Media ‚Base‘ as Election Nears“, 16.11.2009, <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=washingtonstory&sid=as77Ueg2JfbQ> [30.11.2009].

20 | Vgl. Haase (2009), S.92.

21 | Vgl. Brian Stelter, „MSNBC Presses Obama on Campaign Promises“, 17.11.2009, http://www.nytimes.com/2009/11/16/business/media/16msnbc.html?_r=1 [30.11.2009].

Dass von der Leichtigkeit vergangener Tage wenig geblieben ist, zeigt gerade der Konflikt mit Fox News. Das Weiße Haus bekämpft inzwischen offen den konservativen Nachrichtensender, der Marktführer unter den großen Kabelnetzwerken ist. Laut amerikanischer Regierung verbreitet der Sender keine Information, sondern ist nur Sprachrohr der Republikaner.

Fox News hatte die Arbeit des Weißen Hauses unter Obama von Beginn an äußerst kritisch beobachtet und kommentiert. Daraufhin verweigerte das Weiße Haus dem Sender Interviews und beschloss, es nicht bei Beschwerden zu belassen, sondern ihm zusätzlich die Legitimation abzuspochen. Dass Obamas Berater den Fernsehsender gezielt attackieren, irritiert sowohl die Politikszene als auch die Medienbranche – über die Gründe wird spekuliert. Längst sind auch Politiker beider Parteien in die Debatte eingestiegen. Der Sender macht sich schon lange das Thema zunutze und verzeichnet tatsächlich steigende Quoten, weil viele ihn als Stimme der Opposition gegen Obama sehen. In Washington fragen sich daher immer mehr Beobachter, ob es politisch klug ist, diesen Streit in der ohnehin polarisierten US-Medienlandschaft weiterzutreiben.²²

VERÄNDERUNG KOMMT NICHT ÜBER NACHT

„He has achieved more than his critics claim“, schrieb der *Economist* nach einer Reihe kritischer Kommentare zur Bilanz nach einem Jahr Obama.²³ Ohne Frage ist es

dem neuen Präsidenten gelungen, das Image der USA in der Welt wieder zu verbessern. In Prag formulierte Obama die Vision einer atomwaffenfreien Welt, in Kairo reichte der US-Präsident der islamischen Welt die Hand. An Russland sendete er Signale der Entspannung und verkündete den Verzicht auf das geplante globale Raketenschild. Inzwischen verhandeln beide Länder wieder über den Abbau ihrer Nuklearwaffen. Auch in der Klimapolitik hat Obama einen moderaten Kurswechsel gefordert – doch noch hat der Kongress den Gesetzesvorhaben

In Prag formulierte Obama die Vision einer atomwaffenfreien Welt, in Kairo reichte der US-Präsident der islamischen Welt die Hand. An Russland sendete er Signale der Entspannung und verkündete den Verzicht auf das geplante globale Raketenschild. Inzwischen verhandeln beide Länder wieder über den Abbau ihrer Nuklearwaffen. Auch in der Klimapolitik hat Obama einen moderaten Kurswechsel gefordert – doch noch hat der Kongress den Gesetzesvorhaben nicht zugestimmt.

22 | Vgl. Brian Stelter, „Fox’s Volley With Obama Intensifying“, 17.11.2009, <http://www.nytimes.com/2009/10/12/business/media/12fox.html> [30.11.2009].

23 | Vgl. „Lexington – One year of The One“, in: *The Economist*, 31.10.2009.

nicht zugestimmt. Jedoch musste Obama erstmals einräumen, dass das US-Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba später als geplant aufgegeben wird. Die Schließung könne nicht wie angekündigt im Januar 2010 erfolgen, erklärte der US-Präsident. Auch der erbitterte Kampf um die Gesundheitsreform ist noch nicht ausgestanden und gewonnen. Die Blockadehaltung der Opposition und die politischen Realitäten in Washington fordern ihren Tribut.

Die massive Nothilfe für die Wirtschaft beginnt allmählich Wirkung zu zeigen: Die Konjunktur ist angesprungen, die Arbeitslosigkeit indes längst nicht eingedämmt. Barack Obama hat die Probleme angepackt, rasch gehandelt, dabei jedoch an Glanz verloren. Die Wahlkampfbotschaft vom Wandel wurde eingeholt vom schwierigen politischen Alltag. „Change doesn't come over night“ musste Obama unlängst bei einem Wahlkampfauftritt am 27. Oktober 2009, ein knappes Jahr nach seinem glanzvollen Wahlsieg, eingestehen. So paradox es klingen mag: Seine Glaubwürdigkeit wird ihm zum Problem. „One reason why so many of Mr Obama's fans are disappointed is that he promised the impossible and – such is the power of his oratory – got people to believe him.“²⁴

Im Wahlkampf war die Rede noch Obamas ausschlaggebender Trumpf. Es verstand es wie kein anderer, die eigenen Visionen und Konzepte im Getümmel des Nachrichten- und Meinungsmarktes zu vermitteln. Auch im ersten Jahr seiner Präsidentschaft hat er seine Mission definiert. Doch Umfragen zeigen, dass Rhetorik allein nicht mehr genügt.

Im Wahlkampf war die Rede noch Obamas ausschlaggebender Trumpf. Es verstand es wie kein anderer, die eigenen Visionen und Konzepte im Getümmel des Nachrichten- und Meinungsmarktes zu vermitteln. Auch im ersten Jahr seiner Präsidentschaft hat er seine Mission definiert. Doch Umfragen zeigen, dass Rhetorik allein nicht mehr genügt. Die Zustimmung für Obama ist seit seinem Amtsantritt im Januar 2009 stark gesunken, in der amerikanischen Bevölkerung wächst der Unmut über seinen politischen Kurs. Die demokratische Führung ist gut beraten, aufs Tempo zu drücken. Wahlkampfexperten haben gerade vorgerechnet, dass die Demokraten bei den Kongresswahlen im November 2010 dramatisch an Rückhalt verlieren könnten – auch weil die Linke sich womöglich enttäuscht von ihrem Hoffnungsträger abwenden wird. Veränderungen brauchen Zeit, aber die Geduld der Amerikaner ist nicht endlos, findet auch der *Economist*:

24 | Vgl. Ebenda.

„His domestic reforms are taking time [...] the best test of Mr Obama’s presidency is not whether he changes things quickly but whether he changes them for the better [...] In the next few months, America and the world will start to see whether he can or he can’t.”²⁵